

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Herr Knoth
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1031
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 26.06.2007

Niederschrift

der 8. Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur
am Donnerstag, dem 21.06.2007,
Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 18:00 - 19:38 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Ursula Bouffier

Herr Dieter Gail

Frau Anja-Verena Helmchen

Frau Christine Wagener

Herr Carsten Zörb

(in Vertretung für Stv. Losert)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Ika Veronika Bordasch

Frau Dietlind Grabe-Bolz

Frau Dr. Ulrike Krautheim

Herr Mehmet Tanriverdi

(in Vertretung für Stv. D. Geißler)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Maren Kolkhorst **stellv. Ausschussvorsitzende**

Frau Susanne Lehne

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Annette Greilich

Stadtverordnete der Die Linke-Fraktion:

Herr Prof. Dr. Aris Christidis

Außerdem:

Herr Klaus-Dieter Grothe

Herr Heiner Geißler

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

FW-Fraktion

Vom Magistrat:

Herr Dr. Volker Kölb Stadtrat
Herr Dr. Reinhard Kaufmann Stadtrat

Von der Verwaltung:

Herr Folkert Sauer Leiter des Schulverwaltungsamtes

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth Schriftführer

Entschuldigt:

Frau Karin Losert CDU-Fraktion
Herr Dieter Geißler SPD-Fraktion

Stv. Kolkhorst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Stv. Kolkhorst gibt bekannt, dass sie die erkrankte Stv. Losert als Ausschussvorsitzende vertritt. Weiterhin informiert sie, dass die gewählte Schriftführerin sowie ihre Stellvertreterin verhindert sind. Sie schlägt als Schriftführer dieser Sitzung Herrn Knoth vor.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag einstimmig zu.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Beantwortung des Briefes von Frau Dr. Ulrike Krautheim
 an die Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Bildung
 und Kultur, Frau Karin Losert
3. Bericht über den Erhaltungsgrad der Turn- und Sportgeräte STV/1034/2007
 an Gießener Schulen
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2007 -
4. Erstellung einer Prioritätenliste für die grundhafte STV/1036/2007
 Sanierung der Schulgebäude
 - Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2007 -

- | | | |
|----|---|---------------|
| 5. | Schulpsychologischer Dienst
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2007 - | STV/1037/2007 |
| 6. | Vergabeverfahren bei der Aufnahme an Gießener Schulen
- Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 12.06.2007 - | STV/1041/2007 |
| 7. | Aufnahme von Schulkindern zum beginnendem Schuljahr
- Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 12.06.2007 - | STV/1042/2007 |
| 8. | Schulentwicklungsplanung zwischen dem Landkreis und
der Stadt Gießen
- Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 12.06.2007 - | STV/1043/2007 |
| 9. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Beantwortung des Briefes von Frau Dr. Ulrike Krautheim an die Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur, Frau Karin Losert

Die **stellvertretende Vorsitzende** stellt fest, dass das Antwortschreiben der Ausschussvorsitzenden zum Brief der Stv. Dr. Krautheim auf die Plätze der Ausschussmitglieder verteilt wurde und liest das Antwortschreiben vor. *(Das Schreiben ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.)*

Stv. Dr. Krautheim, SPD-Fraktion, bittet ihren folgenden Beitrag wörtlich zu protokollieren:

„Mein erster Punkt ist ein Problem mit dem Protokoll. Und da hat Frau Losert eigentlich gar nichts mit zu tun, weil sie gar nicht da war bei der letzten Ausschusssitzung, also bei der Nicht-Anhörung-Ausschusssitzung. Im Protokoll steht, das wird hier auch gesagt unter dem Punkt ‚Verschiedenes‘, es sei auf Nachfrage von Frau Grabe-Bolz von Frau Wagener erklärt worden, dass der Anhörungstermin am 26.04. geplant sei. Das war meiner Erinnerung nach so nicht. Und ich finde es auch gut, dass es nicht so war. Meiner Erinnerung nach war es so, dass das Gespräch auf den Anhörungstermin kam nach dem Ende der Sitzung. Meiner Erinnerung nach war Frau Wagener schon stehend als wir darüber gesprochen haben. Frau Wagener sprach aber auf jeden Fall zu einem angedachten Termin wegen des unklaren Endes der Krankheit von Frau Losert

und kann deswegen eigentlich auch diesen Termin nicht eindeutig verkündet haben. Und drittens: meiner Ansicht nach wäre es auch höchst unpassend, wenn Frau Wagener diesen Termin quasi ‚ex cathedra‘ als verbindlichen Termin verkündet hätte. Ich wüsste jedenfalls nicht, in welcher Funktion ihr das zustehen würde. Das wäre Aufgabe der Ausschussvorsitzenden bzw. ihrer Vertreterin gewesen. Und insofern glaube ich auch tatsächlich, dass meiner Ansicht nach ‚Nach Beendigung der Sitzung‘ müsste es heißen ‚informierte Frau Wagener auf Nachfrage von Frau Grabe-Bolz über die Gründe für die Hinauszögerung des Anhörungstermins und deutet als möglichen Termin den 26.04.07 an.‘ Mehr war das nicht. Es war auf jeden Fall keine offizielle Ankündigung dieses eindeutigen Termins.

Und jetzt können Sie sagen: ‚Meine Güte, was soll denn das?‘ Aber das ist deswegen wichtig, weil meiner Ansicht nach grundsätzlich an diesem Verfahren einiges zu kritisieren ist. Die Ausschussmitglieder der Opposition jedenfalls wurden ohne Not erst eine Woche vor dem Termin darüber informiert. Deswegen habe ich diesen Brief geschrieben. Dann bemerkte ich, dass das Stadtverordnetenbüro keine richtige E-Mail-Adresse hatte. Deswegen ging das auch ein paar Mal hin und her. Die E-Mail-Adresse auf dem Briefbogen stimmte nicht. Kommt manchmal auch vor. Auf jeden Fall habe ich deswegen auch keine Antwort bekommen. Aber ich denke, es ist auf jeden Fall festzuhalten, dass die Ausschussmitglieder erst vier Wochen nach der Einladung an die Anzuhörenden überhaupt davon informiert worden sind, dass dieser Termin stattfindet.

Dann die Frage: Wer wurde eingeladen? Es wurden die Schulleitungen eingeladen, die das dann weiterleiten sollten. Ich frage mich. Woher die Gewissheit, dass die Schulleitungen das tun. Ich frage mich Folgendes weiter: In der Veranstaltung, jetzt kommt natürlich Frau Losert ins Spiel, wurde behauptet, die Gremien seien selbstverständlich eingeladen worden, das zitiere ich jetzt, und das wurde den Vertretern des Stadtschülerrates in der Veranstaltung ziemlich heftig um die Ohren geschlagen. Ich hätte jetzt gerne Frau Losert gefragt, ob sie sich dafür entschuldigt hat, weil ich finde, das geht so nicht, dass man gerade mit jungen Menschen in dieser Form umgeht und dann nicht wenigstens hinterher das zurücknimmt. Wir wollen die jungen Menschen zur Demokratie erziehen und dann können wir das nicht einfach so stehen lassen. Ich habe heute den Herrn Mansoori gefragt, also bis heute ist noch kein Schreiben eingegangen. Aber es kann ja noch kommen.

Das Dritte, was ich dazu sagen möchte: Wenn die Einladung nur an die Schulleitungen gegangen sind, dann bleibt für mich die Ungereimtheit, woher denn eigentlich dann der U-Plus-Student die Information hatte. Das hätte ich eigentlich gerne ´mal gewusst. Es stand ja, glaube ich, nicht irgendwie in der Presse. (Es erfolgt ein Einwurf: „Doch.“) Aha, mag sein, das war jedenfalls für mich noch eine Unklarheit.

Dann zu dem, was hier gesagt wurde zum Verlauf, zu 3. ‚Sie haben die Veranstaltung miterlebt.‘ Weiß Gott, ja. Das ist aber, denke ich ´mal, keine Antwort auf meine Frage, wie eigentlich die Veranstaltung, der Ablauf geplant war. Ich hatte das auch nicht für möglich gehalten, dass diese Form der Planung die Planung ist. Also meiner Ansicht nach ist der Sinn von Anhörungen, dass man sich gezielt ein Bild vom Gegenstand der Anhörung macht. Und das heißt, nicht einfach ‚Nun erzählen Sie ´mal, was Sie so sagen wollen‘, wie das so in etwa gekommen ist, sondern dass man exakte Fragen im

Vorfeld stellt, die erarbeitet und den zu Befragenden übermittelt. Und wenn ich jetzt ´mal meinen Fraktionskollegen Dieter Geißler an dieser Stelle zitieren darf, und es ist mir sehr wichtig, weil der wesentlich mehr Erfahrungen im parlamentarischen Abläufen hat als ich. Er sagt: ‚Es ist ein absolutes Unding, dass ohne Beteiligung der Fraktionen so eine Anhörung vorbereitet wird.‘ Und das möchte ich jetzt also auch noch ´mal mit einem Ausrufezeichen versehen.

Dann war natürlich auch das Gespräch, was Sie hier anführen, mit Frau Grabe-Bolz, lief dann etwa darauf hinaus, dass Frau Losert nicht allein auf dem Podium sitzen möchte. Das ist nun auch keine Auskunft darüber, wie das Ganze ablaufen soll. Und ich denke, vielleicht wären auch mehr Rückmeldungen gekommen, wenn das Ganze sinnvoll vorbereitet gewesen wäre. Und ich würde wirklich darum bitten, falls wir noch ´mal so was machen, dass dann also auch die Oppositionsfraktionen mit ihrem ja möglicherweise auch vorhandenen Sachverstand eingebunden werden.

Das Vierte, jetzt gehe ich über diesen Brief hinaus, es gab ja dann auch ein Protokoll von dieser ganzen Veranstaltung. Das kam etwa vier Wochen, nachdem wir diesen Tagesordnungspunkt beantragt haben. Meine Frage ist: Was wurde eigentlich dem Kultusministerium mitgeteilt? Denn das gehörte ja auch zu dem Antrag. Oder wurde dem Kultusministerium überhaupt etwas mitgeteilt? Wenn nein, warum nicht und wenn ja, gab es Reaktionen und was waren die Reaktionen dabei? Denn ich hab´ manchmal den Eindruck, der Herr Koch weiß nicht so richtig, wie diese Maßnahmen bei den Beteiligten an der Basis gesehen werden, wenn er also meint, er müsste diese Form von Unterricht noch weiter propagieren.

Und das Letzte, was ich fragen wollte: Ist eigentlich ein Protokoll, dieses Protokoll, auch den Angehörten übersandt worden? Weil ich, also es gibt ja immer selektive Wahrnehmung, aber ich hatte den Eindruck, dass da durchaus noch Anderes und Kritischeres gesagt wurde als in dem Protokoll drin steht.

Und allgemein möchte ich, und deswegen habe ich auch darauf bestanden, das jetzt sagen zu dürfen, möchte ich ´mal sagen, dass ich finde, die Aussage der Vorsitzenden im Gespräch mir gegenüber, die Beantwortung solcher Briefe sei nicht üblich, dass ich das bedenklich finde, und ich so ein bisschen den Eindruck habe, dass, ja wie soll ich sagen, dass man der Opposition gegenüber sich ein bisschen mehr auch an demokratische Gepflogenheiten halten sollte. Vielen Dank.“

Stadtrat Dr. Kölb informiert, eine Zusammenfassung des Protokolls sei von ihm dem Kultusministerium zugeschickt worden. Er bietet an, das Schreiben dem Protokoll dieser Sitzung beizulegen. Eine Antwort vom Ministerium sei bisher noch nicht gekommen.

Stv. Greilich, FDP-Fraktion, weist zu den Ausführungen der Stv. Dr. Krautheim daraufhin, dass durch den Sitzungsterminplan für das Jahr 2007, den Hinweis in der Ausschusssitzung am 08.03.2007 und die fristgerechte Einladung zur Sitzung am 26.04.2007 in genügender Weise auf den Anhörungstermin hingewiesen worden sei. Weiterhin kritisiert Stv. Greilich, dass Stv. Dr.

Krautheim zumindest in einem Unterton anzweifle, dass die Schulleitungen die Einleitungen an die Schulelternbeiräte oder die Schülervertretungen weitergeben. Die Weitergabe sei originäre Aufgabe der Schulleitungen. Drittens äußert Stv. Greilich, Stv. Dr. Krautheim hätte, wenn sie das Anhörungsverfahren für unangemessen hielt, entsprechend dem normalen demokratischen Procedere der Gremien der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag stellen können. Es sei verständlich, dass es bei der Ausschussvorsitzenden Losert ein wenig Verwunderung hervorrief, dass Stv. Dr. Krautheim eine förmliche Antwort auf ihren Brief erwartete. Stv. Greilich weist die Kritik, man habe sich gegenüber der Opposition nicht an demokratische Gepflogenheiten gehalten, zurück.

Stv. Dr. Krautheim, SPD-Fraktion, entgegnet, den Brief an die Ausschussvorsitzende Losert habe sie nicht als Privatperson, sondern – wie aus dem Briefkopf erkennbar – als Stadtverordnete der SPD-Fraktion geschrieben, weil der geplante Ablauf der Anhörung unklar gewesen sei. Weiterhin habe sie nicht anzweifeln wollen, dass Schulleitungen die Einladung an Schulelternbeirat und Schülervertretung weitergeben. Sie habe nur sagen wollen, dass der Ausschuss nicht davon ausgehen könne, dass die Weitergabe erfolge, da der Ausschuss gegenüber den Schulleitungen nicht weisungsbefugt sei.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, äußert, es habe zwischen den Koalitionsfraktionen keine Absprache dahingehend gegeben, für die Anhörung einen Fragenkatalog zu erarbeiten. Er finde dies auch gut, weil es sozusagen ein offenes Forum für die Darstellung der Erfahrungen der Schulen sein sollte. Außerdem hätten die Fraktionen die Möglichkeit gehabt, Fragen zu stellen.

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, sagt zu den Ausführungen der Stv. Dr. Krautheim, sie (Stv. Wagener) habe in der Ausschusssitzung am 08.03.2007 den Hinweis auf den beabsichtigten Anhörungstermin im Auftrag und im Namen der wegen Krankheit abwesenden Ausschussvorsitzenden gegeben. Weiterhin erscheine ihr die geäußerte Kritik an der Anhörungsvorbereitung ein wenig dadurch motiviert, dass in der Veranstaltung positive Stellungnahmen zu ‚U-Plus‘ geäußert wurden, die nicht im Sinne der Stv. Dr. Krautheim waren. Stv. Wagener beurteilt es als günstig, dass die Veranstaltung, in der ausdrücklich die Erfahrungen gefragt waren, nicht durch die Vorgabe bestimmter Fragen in ein Korsett gezwungen wurde. Sie empfand die Veranstaltung als lebhaft und interessant.

Stv. Dr. Krautheim, SPD-Fraktion, ergänzt zu ihrer Erwiderung auf die Ausführungen der Stv. Greilich, es sei zwar der Termin für die Ausschusssitzung am 26.04.2007 bekannt gewesen, aber über das Stattfinden der Anhörung an diesem Tag sei sie erst durch die schriftliche Einladung eine Woche vor der Anhörung informiert worden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die **stellvertretende Vorsitzende** die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

**3. Bericht über den Erhaltungsgrad der Turn- und Sportgeräte an Gießener Schulen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2007 -**

STV/1034/2007

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen möge über den Erhaltungsgrad der Turn- und Sportgeräte (die aus den Mitteln des Vermögenshaushaltes angeschafft wurden) an den Gießener Schulen und über den Zeitraum einer eventuellen Neubeschaffung bzw. des Zustandes zu berichten berichten.

Stv. Bordasch, SPD-Fraktion, trägt zwei formale Korrekturen des Antrages vor, so dass er folgenden Wortlaut erhält:

*Der Magistrat der Stadt Gießen möge über den Erhaltungsgrad der Turn- und Sportgeräte (die aus den Mitteln des Vermögenshaushaltes angeschafft wurden) an den Gießener Schulen und über den Zeitraum einer eventuellen Neubeschaffung bzw. **den Zustand berichten**.*

Stv. Bordasch erläutert, nach ihrer Kenntnis seien im Rahmen der Neugestaltung der Sporthalle Ost die Turn- und Sportgeräte der Schule nicht erneuert worden. In diesem Zusammenhang sei ihr die Frage gekommen, wie es mit den Turn- und Sportgeräten an den Gießener Schulen überhaupt aussehe. Die Geräte seien teils vor 20, 30 oder mehr Jahren angeschafft worden. Sie möchte wissen, wie weit neuere pädagogische Erkenntnisse in diesem Bereich hinsichtlich der Geräteanschaffung umgesetzt wurden. Für Anschaffungen dieser Größenordnung seien nach ihrer Kenntnis nicht die Schule, sondern das Schulverwaltungsamt zuständig.

Stv. Gail, CDU-Fraktion, äußert, jede Schule erhalte für ihre Anschaffungen Mittel sowohl im Verwaltungs- als auch im Vermögenshaushalt, die sie nach ihrem Willen verwenden könne. Es sei somit Sache der Sportbereichsleiter, sich in den Konferenzen ihrer Schulen für entsprechende Beschaffungen in ihrem Bereich einzusetzen. Stv. Gail befürchtet, dass aufgrund der beantragten Erhebung zusätzliche Haushaltsmittel gefordert werden könnten.

Stadtrat Dr. Kölb trägt Folgendes vor: „*Alle Sportgeräte der Schulen werden einmal im Jahr durch den Hausmeister und den Schulsportleiter auf Funktionsfähigkeit und Sicherheit überprüft entsprechend der Vorschrift des Gemeindeunfallversicherungsverbandes. Sportlehrer dürfen Sportgeräte nur einsetzen, wenn sie sie vorher auf Sicherheit überprüft haben. Eingebaute Sportgeräte, d.h. mit dem Gebäude verbundene Sportgeräte, werden nach Meldung an das Schulver-*

waltungsamt durch das Hochbauamt im Rahmen der Bauunterhaltung repariert. Bewegliche Geräte werden entweder im Rahmen des Haushalts der Schulen repariert oder neu beschafft, oder werden mit Unterstützung des Schulverwaltungsamtes repariert oder neu beschafft. D.h., wir sind permanent in diesem Bereich tätig.“

Stv. Bordasch, SPD-Fraktion, betont, in dem Antrag gehe es ihr nur um Geräte, die aus Mitteln des Vermögenshaushaltes beschafft würden und ergänzt, sie meine diejenigen des Schulverwaltungsamtes. Die Frage sei, wie die Geräte aussehen, die bei der Erstausrüstung der Schulen angeschafft wurden.

Herr Sauer, Leiter des Schulverwaltungsamtes, erwidert, diese Geräte seien bei dem Alter der Ostschule und anderer Schulen schon lange nicht mehr da.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Stv. Geißler, Tanriverdi, Greilich und Lehne.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke).

4. Erstellung einer Prioritätenliste für die grundhafte Sanierung der Schulgebäude **STV/1036/2007**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, den Beschluss der Gießener Stadtverordnetenversammlung vom 21.12.2006, unverzüglich die Bausubstanz der in der Schulträgerschaft der Stadt Gießen stehenden Gebäude zu überprüfen und eine Prioritätenliste für die grundhafte Sanierung der Gebäude zu erstellen.

Stv. Tanriverdi, SPD-Fraktion, trägt die Antragsbegründung vor und bittet, als Korrektur des Antrages, nach dem Wort „unverzüglich“ die Worte „**umzusetzen und**“ einzufügen.

Stadtrat Dr. Kölb bittet um Nachsicht, dass die Prioritätenliste bisher nicht vorliege. Sie sei zwar bereits erstellt worden, doch müsse sie überarbeitet werden, weil neuere Forderungen des Gemeindeunfallversicherungsverbandes auf die Schulträger zugekommen seien: Die Treppenhäuser in den Schulen sollen so hergerichtet werden, dass die Schüler/innen nicht über die Geländer springen können. Dies bringe den Schulträgern erhebliche Kosten. Außerdem gebe es neue Brandschutzauflagen, die ebenfalls in der Prioritätenliste zu berücksichtigen seien. Sobald die Überarbeitung erfolgt sei, werde die Liste den Stadtverordneten zugestellt werden.

Stv. Greilich, FDP-Fraktion, weist daraufhin, dass der ursprüngliche Antrag am 21.12.2006 beschlossen wurde und daher gemäß der Geschäftsordnung ein Antrag mit gleichem Inhalt nicht erneut gestellt werden dürfe.

Auf Frage des **Stv. Geißler**, FW-Fraktion, antwortet **Stadtrat Dr. Kölb**, er wisse nicht, ob die Liste bis zur Stadtverordnetensitzung am 05.07.2007 vorgelegt werden könne. Er werde sich aber bemühen.

Nach weiterer Diskussion, an der sich die Stv. Grothe, Tanriverdi und Bouffier beteiligen, verkürzt **Stv. Bordasch** den Antrag auf folgenden Wortlaut:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird aufgefordert, den Beschluss der Gießener Stadtverordnetenversammlung vom 21.12.2006 unverzüglich umzusetzen.“

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/Linke; StE: FDP).

**5. Schulpsychologischer Dienst
- Antrag der SPD-Fraktion vom 12.06.2007 -**

STV/1037/2007

Antrag:

Der Schuldezernent der Universitätsstadt Gießen wird beauftragt sich beim HKM einzusetzen, dass beim Staatlichen Schulamt für den Landkreis Gießen und den Vogelsbergkreis mehr Stellen für den schulpsychologischen Dienst bereitgestellt und eingerichtet werden.

Stv. Tanriverdi, SPD-Fraktion, trägt die Antragsbegründung vor. Aus dem Bericht der Frau Gonsalves in der Ausschusssitzung am 08.03.2007 ergebe sich für die SPD-Fraktion die Notwendigkeit, mehr Stellen für den schulpsychologischen Dienst einzurichten.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt, welches Problem an den Schulen durch mehr Schulpsychologen gelöst werden solle.

Stv. Bordasch, SPD-Fraktion, antwortet, durch mehr Schulpsychologen könnten Wartezeiten auf Termine – sie habe von sechs bis acht Wochen auch in akuten Fällen gehört – verkürzt werden und Aufgaben wie Supervisionen angegangen werden, deren Behandlung gegenwärtig mangels Personal nicht möglich sei. Auch in der Gewaltprävention könne der schulpsychologische Dienst mehr eingebunden werden. Mancher Bedarf würde wegen der geringen Zahl der Schulpsychologen erst gar nicht geäußert, was aber nicht heiße, dass er nicht vorhanden sei.

Stv. Wagener, CDU-Fraktion, erinnert daran, dass Frau Goncalves berichtet habe, die Wartezeit auf einen Termin betrage in der Regel nicht länger als 14 Tage. Herr Grothe habe in der Sitzung am 08.03.2007 angezweifelt, dass eine bloße Erhöhung der Stellen im Schulpsychologischen Dienst die Situation verbessere, und Frau Gonsalves habe ihm zugestimmt.

Stv. Grabe-Bolz, SPD-Fraktion, sieht die Funktion von Schulpsychologen als ein zunehmend wichtige. Es gebe Modell-Ganztagsschulen, z.B. in Nordrhein-Westfalen, mit eigenem schulpsychologischen und sozialpädagogischen Dienst, welche rund um die Uhr für Schüler und Lehrer ansprechbar seien und einen wichtige integrative Aufgabe erfüllten. Sie wünsche sich dies als Zukunftsvision für alle Schulen.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, präzisiert die von ihm geäußerte Frage. Er wisse um die verschiedenen Bedarfe in den Schulen. Nur wage er zu bezweifeln, dass der schulpsychologische Dienst der geeignete Ansprechpartner für diese Probleme ist. Der schulpsychologische Dienst arbeite mehr konzeptionell. Für therapeutische Behandlung in Einzelfällen sei er nicht zuständig, auch nicht für Supervision. Für bestimmte einzelne Arbeitsbereiche gebe es Beratungs- und Förderzentren, Erziehungshilfen, Schulsozialarbeit, jugendpsychiatrischer Dienst, niedergelassenen Therapeuten und andere Dienste. Die Klärung der Zuständigkeiten sei eine Angelegenheit des Schulamtes, eine einfache Erhöhung der Stellen der Schulpsychologen sei gerade aus fachlichen Gründen nicht sinnvoll.

An der Diskussion beteiligen sich weiterhin die Stv. Zörb, Dr. Krautheim, Prof. Dr. Christidis und Lehne.

Auf Antrag der **Stv. Lehne**, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erfolgt eine **Sitzungsunterbrechung von 19:24 bis 19:30 Uhr**. Danach lässt die **Vorsitzende** über den Antrag abstimmen

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/Linke).

6. Vergabeverfahren bei der Aufnahme an Gießener Schulen STV/1041/2007
- Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 12.06.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, nach welchen Kriterien die Aufnahme von Kinder aus der Stadt Gießen und dem Landkreis an Gießener Schulen erfolgt.

Finden Gespräche, schriftliche Vereinbarungen über die Verfahrensweisen der

Aufnahme statt? Ist der Magistrat bzw. der Schuldezernent vorab in die Verhandlungen, Gespräche involviert und welcher Personenkreis ist darin eingebunden? Zu welchem Zeitpunkt finden diese Gespräche statt?

Der Antrag wurde vor der Sitzung von der **Stv. Koch-Michel**, BLG, bis zur nächsten Sitzungsrunde zurückgestellt.

7. Aufnahme von Schulkindern zum beginnendem Schuljahr STV/1042/2007
- Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 12.06.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten, wie ist der derzeitige Sachstand bezüglich Aufnahme von städtischen Kindern an Gießener Schulen.

Wie viele Absagen wurden an Landkreis Kinder und an welche Schulen erteilt? Haben bis zum heutigen Tag alle städtischen Kinder eine schriftliche Zusage der Aufnahme erhalten?

Der Antrag wurde vor der Sitzung von der **Stv. Koch-Michel**, BLG, zurückgezogen.

8. Schulentwicklungsplanung zwischen dem Landkreis und STV/1043/2007
der Stadt Gießen
- Antrag der BLG-Stadtverordneten vom 12.06.2007 -

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis vorzulegen.

Weiterhin wird der Magistrat aufgefordert, Gespräche mit dem Landkreis aufzunehmen mit dem Ziel einen gemeinsamen Schulentwicklungsplan zu entwickeln. Dieser sollte spätestens zum Schuljahr 2008/2009 den Gremien zur Beschlussfassung vorliegen.

In diesen Gesprächen soll ebenfalls mittel- bis langfristig über eine einheitliche Schulträgerschaft gesprochen werden. Über das Ergebnis des Gesprächs soll den Gremien Bericht erstattet werden.

Der Antrag wurde vor der Sitzung von der **Stv. Koch-Michel**, BLG, bis zur nächsten Sitzungsrunde zurückgestellt.

9. Verschiedenes

- **Stv. Prof. Dr. Christidis**, Die Linke-Fraktion, sagt, er habe aus der Presse erfahren, dass die High-School von den abziehenden amerikanischen Streitkräfte aufgegeben werde. Er fragt, ob es Absichten der Stadt zur Übernahme des Schulgebäudes gebe.

Stadtrat Dr. Kölb antwortet, die Stadt habe bisher keinen Zugang zu den Liegenschaften und könne daher nicht feststellen, ob das Gebäude sich für schulische Zwecke eigne.

Stv. Geißler, FW-Fraktion, äußert, er könne sich nur schwer vorstellen, dass die Amerikaner dem Magistrat auf dessen Bitte die Besichtigung der Schule verweigern würden.

Herr Sauer, Leiter des Schulverwaltungsamtes, entgegnet, das Gebäude sei geräumt und stehe in der Verfügung des Immobilienmanagement des Bundes.

Stadtrat Dr. Kölb ergänzt, seines Wissens habe Stadtrat Rausch die zuständigen deutschen Stellen angeschrieben und darum gebeten, die Liegenschaften besichtigen zu können. Sobald eine Erlaubnis vorliege, werde er auch den Schulausschuss zur Besichtigung bitten.

- **Stv. Tanriverdi**, SPD-Fraktion, spricht sich für interkulturelle Öffnung aus und bittet Stadtrat Dr. Kölb um einen kurzen Bericht über die Zusammenarbeit und Kooperation verschiedener städtischer Stellen wie Volkshochschule, Integrationsbeauftragte, Beratungsgremien, Ausländerbeirat.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt die **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden und lädt zur nächsten Schulausschusssitzung am 06.09.2007 ein.

DIE VORSITZENDE:

(gez.) K o l k h o r s t

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h